

VR-03 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Gremium: Wolf-Christian Bleek u.a., KV Schwerin, LV Berlin
Beschlussdatum: 17.10.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Der Verkehrssektor muss endlich einen Teil zum Klimaschutz beitragen und als
2 Mitglied der Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Bündnis 90/ Die Grünen
3 dies einzufordern. Zuletzt war die Bundesregierung, und insbesondere der
4 Verkehrsminister, dazu verurteilt worden, ein ausreichendes Sofortprogramm im
5 Verkehr vorzulegen. Durch die Änderung des Klimaschutzgesetzes wurde diesem
6 Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die FDP mag das ein Erfolg sein,
7 für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag.

8 Die Reform des Klimaschutzgesetzes ist eine Verschlechterung für den Klimaschutz
9 und insbesondere die Aufweichung der Sektorziele fällt sogar noch hinter die
10 Vorgaben der Großen Koalition aus CDU und SPD zurück. In Zukunft besteht nur
11 dann eine Verpflichtung zum Eingreifen, wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge
12 gerissen werden. Das ist frühestens 2026 der Fall. Die aktuelle Bundesregierung
13 ist somit auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein für alle Mal aus der
14 Verantwortung entlassen. Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne Sektoren
15 in Zukunft außerdem grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet
16 nachzusteuern, auch wenn sie als Ursache des Problems identifiziert wurden. All
17 das wurde am gleichen Tag verkündet, als der Verkehrsminister vom Expertenrat
18 für Klimafragen eine erneute massive Zielverfehlung bescheinigt bekommen hat.
19 Der Verkehrssektor ist auch der Grund, warum Deutschland die Ziele der
20 europäischen Lastenteilungsverordnung aller Voraussicht nach nicht einhalten
21 wird. Tritt das ein, werden Zahlungen in Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten
22 fällig, die ihre Klimapolitik im Griff haben.

23 Das ist so nicht hinnehmbar. Wir fordern eine Verkehrswende, die ihren Namen
24 auch verdient, und zwar jetzt, während der grünen Regierungsbeteiligung!

- 25 Wir fordern die grüne Fraktion im Bundestag und die grünen Regierungsmitglieder
26 auf, sich in
27 den verbleibenden Monaten der Regierungsarbeit einzusetzen für
- 28 • die Rücknahme der Novellierung des Klimaschutzgesetz,
 - 29 • die Feststellung eines Handlungsbedarfs wegen Verfehlung der Sektorenziele
30 im Bereich Verkehr,
 - 31 • die Einführung eines Tempolimit von mindestens 120 km/h auf deutschen
32 Autobahnen,
 - 33 • Tempo 30 – Zonen flächendeckend innerorts mit der Möglichkeit einer
34 Ausnahme für sicher ausgebaute Durchgangsstraßen,
 - 35 • den nachhaltigen und umgehenden Ausbau des ÖPNV,
 - 36 • die notwendigen Investitionen in die Erhaltung der Bahninfrastruktur,
 - 37 • den Erhalt des 49-Euro-Tickets mit einer deutlich preiswerteren
38 Erweiterung für Menschen mit geringem Einkommen,
 - 39 • eine kritische Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans und den
40 Ausbaustopp des Autobahn- und Bundesstraßennetzes unter Berücksichtigung
41 der klimapolitischen Ziele und der angespannten Haushaltslage,
 - 42 • höhere Besteuerung von Kurzstreckenflügen.

43 Auch klimaschädliche Subventionen wie das Dienstwagen- oder Diesel-Privileg
44 könnten in
45 wenigen Monaten abgeschafft werden.

46 Zur politischen Unterstützung schlagen wir vor, einen öffentlichen
47 „Verkehrskongress“ mit dem Thema #Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz durch
48 Tempolimit und Ausbau des ÖPNV# zu organisieren.

49 Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir
50 schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld
51 gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent
52 so in der Bundesregierung handhaben.

weitere Antragsteller*innen

Thomas Mohr (KV München); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Jakob Bleek (KV Potsdam-Mittelmark); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Simon Bleek (KV Potsdam-Mittelmark); Evelyn Thies (KV Ulm); Bettina Deutmoser (KV Stade); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Philipp Schmagold (KV Plön); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Peter Meiwald (KV Ammerland); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Matthias Striebich (KV Forchheim); Torsten Schönebaum (KV Ammerland); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.